



Fachbereich B  
Christian Götz

Aktenzeichen B-4441-SAD-2612/2019

Hochwasserschutz Nittenau, Durchführung des Planfeststellungsverfahrens  
Anforderungen an Antragsunterlagen, Gespräch LRA Schwandorf 05.02.2019

Teilnehmer: Frau Feuerer, LRA Schwandorf  
Herr Eimer, LRA Schwandorf  
Herr Götz, WWA Weiden

**Hintergrund:**

In der Stadt Nittenau ist am Regen ein Technischer Hochwasserschutz geplant, für den ein WR-Verfahren für einen Gewässerausbau notwendig ist. Dies beinhaltet nach den Wassergesetzen den Schutz vor einem HQ-100 plus 15 % Klimazuschlag. In Nittenau ist außerdem die neue Regenbrücke zu berücksichtigen.

Das Schutzziel soll zum einen durch Mauern und Deiche erreicht werden. Die Vorplanung von 2012 sieht zur schadlosen Ableitung des Abflusses HQ100 + 15% außerdem eine Gewässerbetteintiefung unter der neuen Regenbrücke und eine Verlegung des Dreieckswehres flussaufwärts vor, weil die Widerlager der Brücke aufgrund der benachbarten Bebauung höhenmäßig gebunden sind. Einer solchen Eintiefung stehen aber vor allem naturschutzrechtlichen Bedenken zum FFH-Gebiet entgegen. Eine Genehmigungsfähigkeit scheint nur schwer erreichbar. Hinzu kommt, dass auftretende Hochwässer zu einer Sedimentation auf der Eintiefungsstrecke führen und so die widerkehrend notwendige Baggerung vermutlich zu einer Daueraufgabe im Gewässerunterhalt wird.

Als Alternative zur Gewässerbetteintiefung hat das WWA deshalb eine Verbreiterung des Abflussquerschnittes untersucht. Dies könnte durch die Ablösung der WKA an der Leitinsel bzw. deren Verlagerung zur WKA am Bergham-Ufer erreicht werden. Das WWA hat deshalb Wertgutachten bzw. eine Umbauplanung zu den WKA angefertigt und intensive Gespräche mit dem Eigentümer und Inhaber der Wasserrechtlichen Benutzungserlaubnis geführt. Leider sind diese erfolglos verlaufen bzw. am Ende standen zu hohe Ausgleichsforderungen im Raum.



Bei dem Gespräch mit der KVB soll deshalb erörtert werden, wie die Antragstellung bzw. das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren erfolgen soll. Geplant ist die Abwicklung in Bauabschnitten (BA 01 Deiche und Mauern, BA 02 Gewässerbetteintiefung bzw. Erwerb/Ablösung der WKA).

### **Auskünfte:**

- Der Schutz vor einem HW HQ100 ist im Landesentwicklungskonzept vorgegeben. In Art. 44 Abs. 2 BayWG bzw. unter 3.7.14 VVWas ist die Berücksichtigung des Klimafaktors von 15 % geregelt.
- §69 WHG lässt die abschnittsweise Ausführung eines Gewässerausbaus zu.
- In den Antragsunterlagen ist, auch bei einer abschnittweisen Ausführung, das gesamte Vorhaben zu betrachten. Im Erläuterungsbericht kann ausgeführt werden, dass der BA 01 gleich und der BA 02 später gebaut werden soll, wenn die WKA erworben/abgelöst wurde.
- In den Antragsunterlagen sind alle Planungsvarianten hinsichtlich des Abflussquerschnitts mit den jeweiligen Vor- und Nachteilen zu betrachten. Darauf beruht die Notwendigkeit der Planfeststellung sowie eines eventuell beabsichtigten Enteignungsverfahrens. In den Antragsunterlagen ist auch aufzuzeigen, dass zum Wohl der Allgemeinheit der Schutz HQ100 + 15% notwendig ist und wie er technisch erreicht wird.
- Ein höchstwahrscheinlich auftretender Ertragsausfall der WKA während der Bauphase ist mit dem Eigentümer vorab zu besprechen. In den Antragsunterlagen ist die Abgeltung des sich daraus ergebenden Anspruchs auf Schadensersatz darzustellen.
- In den Antragsunterlagen ist hinsichtlich der WKA, aber auch hinsichtlich aller notwendigen Grunderwerbsvorhaben eine Prognose vorzunehmen, inwieweit es für das Projekt zumutbare Alternativen zur Planung gibt. Dies erfolgt bereits im Vorgriff zu möglicherweise notwendigen Enteignungsverfahren.
- Der HWS des derzeit noch nicht bebauten Baugebietes an der Straße „Am Rücken“ kann bauplanungsrechtlich, statt eines Deiches, auch über eine Höherlegung der künftigen Bebauung erfolgen. In den Antragsunterlagen zum HWS ist eine Abwägung durchzuführen, dass hinsichtlich des Wohls der Allgemeinheit die Anhebung gegenüber dem Deich wirtschaftliche Vorteile hat.
- Der Antrag auf ein Planfeststellungsverfahren kann vor Abschluss des notwendigen Grunderwerbs bei der KVB erfolgen, weil ein Planfeststellungsbeschluss zwar eigentumsrechtliche Vorwirkung, aber nicht abschließend das Recht zur Inanspruchnahme fremden Grundeigentums beinhaltet.